

# Burkart fällt Cassis in den Rücken

In der FDP, der Partei von Aussenminister Ignazio Cassis, mehren sich die kritischen Stimmen zum Rahmenabkommen mit der EU. Nun verlangt Thierry Burkart gar einen Total-Reset.

Fabian Fellmann und Markus Häfliger

**BERN** Noch haben die Schweiz und die EU nicht einmal einen Verhandlungstermin zur Nachbesserung des Rahmenabkommens gefunden. Doch bereits verbreitet sich die Forderung nach einem Übungsabbruch – und das ausgerechnet in der Partei des federführenden Aussenministers Ignazio Cassis.

Der Bundesrat solle die Verhandlungen mit der EU abbrechen, schreibt der Aargauer FDP-Ständerat Thierry Burkart in einem Kommentar, der im Zeitungsverband «CH Media» erschien. Das Rahmenabkommen sei nicht mehrheitsfähig, weil es bei der Streitschlichtung den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zuziehe. Das degradiere die Schweizer Behörden zu «Erfüllungsgehilfen» der EU, schreibt Burkart, bis 2019 im Vorstand der Partei. Stattdessen will er das Freihandelsabkommen von 1972 erneuern und ausbauen. Dabei solle der EuGH aussen vor bleiben, wie im Deal zwischen Grossbritannien und der EU.

## «Klar eine Einzelstimme»

Bis jetzt waren die FDP und die GLP die einzigen Parteien, die sich einigermaßen dezidiert hinter das Rahmenabkommen stellten. Der Artikel des Aargauer Ständerats ist nun aber der bisher schärfste Angriff eines amtierenden FDP-Politikers auf das Rahmenabkommen. Damit spitzt sich in der Partei eine Entwicklung zu, die der frühere Bundesrat Johann Schneider-Ammann losgetreten hat. Er tatierte den Entwurf Mitte September als «soveränitätspolitisch heikel».

Bedeutet das, dass Aussenminister Ignazio Cassis nun auch noch den Support seiner eigenen Bundeshaus-Fraktion verliert?

Nein, sagt FDP-Präsidentin Petra Gössi: «Ständerat Burkart vertritt in der Europafrage nicht die Mehrheitsmeinung der Fraktion.» Die FDP habe ihre Position in mehreren Diskussionen festgelegt, sagt Gössi. «Ich hätte es begrüsst, hätte Ständerat Burkart die Diskussion zuerst intern in der Fraktion geführt.»

Burkart sei «ganz klar eine Einzelstimme in der FDP», findet auch der Urner Ständerat Josef Dittli. Für ihn selber und das Gros der Fraktion gelte der Positionsbezug des in dieser Frage entscheidenden Fraktionsseminars vom Februar 2019 in Engelberg: ein «Ja aus Vernunft». Das heisst: Grundsätzlich steht die Fraktion hinter dem Vertragsentwurf, verlangt aber wie der Bundesrat noch Präzisierungen – namentlich bei der Unionsbürgergerichtlinie, dem Lohnschutz und der Guillotine. Sobald diese vorliegen, will die FDP definitiv entscheiden. Diesen Beschluss hat die Fraktion zuletzt im Oktober 2020 bekräftigt.

## Prominent besetztes Komitee

FDP-Aussenpolitiker Matthias Michel sagt: Sobald das Abkommen dann einmal ins Parlament komme, «werden sich die Reihen bei uns hoffentlich schliessen».

Das könnte sich allerdings als frommer Wunsch erweisen.



Uneins: FDP-Ständerat Thierry Burkart (links hinten), Bundesrat Ignazio Cassis und Parteichefin Petra Gössi (rechts hinten).

Bild Keystone

Erstens sind die Ständeräte Burkart und Schmid nicht allein. Auch andere wie der Glarner Thomas Hefti sind skeptisch. Und selbst Andrea Caroni, Vizepräsident der FDP Schweiz, meinte unlängst, auch er habe das institutionelle Abkommen «noch nicht mit Blut unterschrieben».

Zudem ist Burkart nur die Speerspitze einer gut organisierten und finanzkräftigen Gegnerschaft des Rahmenabkommens in FDP-Kreisen, die sich zunehmend Gehör verschafft. Besonders aktiv ist das erst vor kurzem gegründete Unternehmerkomitee «Autonomiesuisse». Es veröffentlichte gleich zwei Medienmitteilungen, in denen es Burkarts

Coming-out gegen das Rahmenabkommen pries.

Das ist kein Zufall. Zwei der Co-Präsidenten von Autonomiesuisse sind prominente Aargauer FDP-Mitglieder, der Transportunternehmer Hans-Jörg Bertschi und der Heizungsunternehmer Hans-Peter Zehnder; beide hatten sich bei den letzten Wahlen auch in Burkarts Wahlkomitee engagiert.

Das Komitee, das erst seit November in der Öffentlichkeit auftritt, bereitet offensichtlich den Boden, damit sich die Gegner des Abkommens in der FDP aus der Deckung wagen. Burkart sagt, das Verhandlungsergebnisse zwischen Grossbritannien und der EU habe ihn zu seiner Stellungnahme bewo-

gen. Abgesprochen habe er diese mit niemandem: «Ich bin gewählt als Aargauer Ständerat und tue meine Haltung kund, auch wenn eine Mehrheit der Fraktion eine andere Meinung hat.»

## Der Link zur PR-Agentur

Autonomiesuisse ist indes nur eines von mehreren FDP-nahen Netzwerken, welche gegen die Europapolitik des Bundesrats und des FDP-Aussenministers Cassis weibeln. «Verschiedene Gruppen haben mich angefragt, ob ich mich bei ihnen gegen das Rahmenabkommen engagieren würde, aber ich will bildnisfrei bleiben», sagt Burkart dazu. Er verweist dabei

auch auf die «Allianz Kompass/Europa», eine Gruppierung von Zuger Vermögensverwaltern der Partners Group. Deren Kampagne führt die PR-Agentur Farner – die Burkart früher zu ihren Konsultanten zählte.

Welcher Kurs sich in der FDP schliesslich durchsetzen wird, scheint offen. «An der Parteibasis spüre ich eine weitverbreitete Skepsis zum Rahmenabkommen», sagt Burkart. Präsidentin Gössi erwidert: «Wir müssen Geduld haben und abwarten, welches Ergebnis der Bundesrat aus den Verhandlungen zurückbringt. Die FDP hat unmissverständlich Klarstellungen gefordert, welche erfüllt sein müssen.»

## Grossbritanniens Abkommen mit der EU

# Was der Deal für das Rahmenabkommen bedeutet

**+** Für den britischen Premier Boris Johnson war es ein Weihnachtsgeschenk, den Bundesrat setzt es unter Druck: Im neuen Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Grossbritannien spielt der Europäische Gerichtshof (EuGH) kaum eine Rolle, im Rahmenabkommen mit der Schweiz hingegen ist er Teil der Streitschlichtung – und das umstrittenste Element in dem Vertrag, über den Bern weitere Verhandlungen mit Brüssel anstrebt.

Nun hat das Aussendepartement (EDA) einen ersten Vergleich veröffentlicht.

Grossbritannien hat einen Freihandelsvertrag ohne Zölle – aber neu mit Zollkontrollen. Produktzulassungen gelten nur noch in Spezialbereichen, Ursprungsregeln werden enger ausgelegt. Das alles sind Hürden für den Handel. Die Schweiz hingegen hat laut dem EDA einen «gleichberechtigten, weitgehend hindernisfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt». Die Produktanerkennungen etwa decken rund drei Viertel des Schweizer Industriegüterexports in die EU ab. Selbst ein umfassendes Freihandelsabkommen würde «einen klaren

Rückschritt zu den bilateralen Abkommen» bedeuten. Das gelte auch im Vergleich zum UK-Deal.

Zwischen der Schweiz und der EU existierten zum Beispiel auch keine Kontrollen wegen Gesundheits- und Pflanzenschutzvorschriften. Hingegen gingen Grossbritannien und die EU weiter, indem auf Agrarprodukte keine Zölle fällig werden. Das lehnten die Schweizer Bauern bisher stets ab.

## Mal mehr, mal weniger Souveränität

Das Königreich entzieht sich weitgehend dem EuGH. Doch hat es sich zu gleichen Wettbewerbsbedingungen verpflichtet, die sich am EU-Recht orientieren und laut EDA «thematisch deutlich umfassender» sind: Nebst staatlichen Beihilfen wie im Rahmenabkommen regelt der Briten-Deal auch Umwelt- und Klimaschutz, Sozial- und Arbeitnehmerrechte und Steuertransparenz. Zudem werde der Spielraum mit viel detaillierteren und strenger überwachten Regeln eingeschränkt. Abweichungen von EU-Standards bürden das Risiko «erheblicher

Kosten» wegen Ausgleichsmassnahmen.

Die Schweiz akzeptiere den EuGH als Teil der Streitschlichtung. Das sei nicht vergleichbar, weil sie Zugang zum EU-Binnenmarkt mit Rechtsharmonisierung anstrebe. Der Verlust an «regulatorischer Eigenständigkeit» sei zu relativieren, weil primär eine «formelle Eigenständigkeit» gemeint sei: Die Schweiz übernehme EU-Recht nur in «ausgewählten Marktsektoren», wo sie wegen der engen Verflechtung ohnehin Interesse an einer Angleichung habe.

## Keine Personenfreizügigkeit, keine Kohäsionsmilliarde

Grossbritannien und die EU schaffen die Personenfreizügigkeit ab, die Sicherheitszusammenarbeit im Schengen-Bereich fällt weg: Die Briten verliören Zugriff auf die europäischen Arbeitsmärkte und an beruflicher Mobilität, schreibt das EDA. Unerwähnt lässt es, dass die Briten damit die Zuwanderung wieder nach Gutdünken regulieren können.

Zudem schulden die Briten keinen Kohäsionsbeitrag, was das EDA mit dem fehlenden Marktzugang begründet. Die

Schweiz zahlt seit 2017 nur noch wenig, doch soll die Kohäsionsmilliarde erneuert werden.

Die Folgerungen des EDA entsprechen jenen von Fachleuten, die das Rahmenabkommen positiv beurteilen. Nicht näher in Betracht zieht es hingegen mehrere Einwände von Gegnern, etwa, dass Grossbritannien und die EU über weitere Verbesserungen verhandeln. Oder dass der Einfluss des EuGH ein zu hoher Preis für den Marktzugang und keine juristische Notwendigkeit sei.

Auch beziffert das EDA die volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht, weshalb sich die politische Debatte kaum beruhigen dürfte. Allerdings sind seriöse Schätzungen unmöglich. Schon der Wert der Bilateralen allein lässt sich wegen methodischer Schwierigkeiten nur sehr schwer beziffern. Geschätzt wird er auf zwischen 0,2 und 0,4 Prozent des Wirtschaftswachstums pro Jahr. Ein Preisschild hat der Bundesrat bisher nur dem Abkommen über die Produktanerkennungen angehängt, das für die Wirtschaft grob geschätzte Einsparungen von 160 bis 320 Millionen Franken bringe. ffe

## Tessin verhängt Besuchsverbot in Altersheimen

**BELLINZONA** Seit heute gilt im Tessin ein Besuchsverbot in Altersheimen, Spitälern und Behindertenheimen. Grund sei die britische Coronavirus-Mutation, teilte der Kanton mit. Mit der Massnahme sollen weitere Ausbrüche verhindert werden. In einem Altersheim in Balerna war es in den vergangenen Tagen zu zahlreichen Neu- und Wiederansteckungen gekommen. Aufgrund einer Analyse wurde festgestellt, dass die Mutation zum Ausbruch geführt hatte. Rund die Hälfte des Personals sowie drei Viertel der Bewohner sind in einer flächendeckenden Überprüfung positiv getestet worden. Wegen einer starken Verbreitung der Mutation wird derzeit auch im Berner Tourismusort Wegen flächendeckend getestet. Am Mittwoch und Donnerstag waren 567 Schnelltests durchgeführt worden, davon waren drei positiv. Bei 47 PCR-Tests stehen die Resultate noch aus. sda

## Ansteckungen und R-Wert sinken deutlich

**BERN** Dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) sind gestern 2396 neue Corona-Fälle gemeldet worden. Der 7-Tage-Schnitt liegt damit so tief wie zuletzt Mitte Oktober. Auch die Reproduktionszahl R, die angibt, wie viele Personen eine infizierte Person im Durchschnitt ansteckt, lag am 5. Januar schweizweit wieder unter 1 und zwar bei 0,84. R kann nur mit einer Verzögerung von rund 10 Tagen berechnet werden. Liegt der R-Wert bei 0,8, halbieren sich die Fallzahlen alle zwei Wochen. Gleichzeitig steigt gemäss dem BAG aber die Gefahr durch mehrere Viren-Mutationen, vor allem jene aus Grossbritannien. Es wird vermutet, dass sie deutlich ansteckender ist. Bislang wurden in der Schweiz 199 Fälle dieser mutierten Viren nachgewiesen. Die Corona-Task-Force schätzt, dass die britische Mutation für zweieinhalb bis sechs Prozent aller Fälle verantwortlich ist. sda

## Niederlage für EDA vor Gericht

**ST. GALLEN** Das Aussendepartement (EDA) hätte den Pilatus-Werken in Stans nicht ohne eine vorgängige Konsultation des Bundesrats Wartungsleistungen in Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten verbieten dürfen. Dies hat nun das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Beim Erlass des Verbots hat das EDA gemäss Urteil verkannt, dass auch das öffentliche Interesse an der Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und deren Wohlfahrt hätte berücksichtigt werden müssen. Pilatus sei ein wichtiger Arbeitgeber. Zudem gehöre das Unternehmen zur Technologie- und Industriebasis der Schweiz. Pilatus wurde 2019 die logistische Unterstützung der Flugstreitkräfte Saudiarabiens und der Emirate für die Trainingsflugzeuge des Typs PC-21 und die dazugehörigen Simulatoren verboten. Grund war die Beteiligung der beiden Länder am Krieg im Jemen. sda